

Peter Wahl

## Demokratie versus Autokratie?

### Wie der Wertewesten den Kalten Krieg 2.0 rechtfertigt

„Aber alle die sechs Großen  
Eingesessenen, Gnadellosen  
Alle nun verlangen sie  
FREIHEIT und DEMOCRACY.“

Bertolt Brecht.  
Der anachronistische Zug  
oder FREIHEIT und DEMOCRACY

Im Selbstverständnis der USA gehört „*die Verteidigung und Förderung von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten*“ zu einem der vier Schlüsselemente, die sich unabhängig von konjunkturellen Schwankungen leitmotivisch durch ihre Außenpolitik ziehen. So ein Papier des Wissenschaftlichen Dienstes des US-Kongresses, das immer nach Wahlen an die neuen Abgeordneten verteilt wird.<sup>1</sup>

Das sieht auf den ersten Blick sympathisch aus. Das Bild trübt sich allerdings, wenn man sich die drei anderen Prinzipien der außenpolitischen Doktrin ansieht:

- an erster Stelle steht dort „*global leadership*“, also weltweite Hegemonie der USA,
- dann „Verteidigung und Förderung der internationalen liberalen Ordnung“, vulgo: Verteidigung des Kapitalismus,
- und schließlich „die Verhinderung der Entstehung eines regionalen Hegemons in Eurasien“.

Die vier Prinzipien bilden ein Ganzes, dessen einzelne Elemente aufeinander bezogen sind. D.h. Freiheit, Demokratie und Menschenrechte sind eingebettet in die Außenpolitik und bilden die moralische Legitimation für den globalen Führungsanspruch. Dieser berechtigt zur Verteidigung des Kapitalismus wo nötig, sowie zum Eingreifen in Eurasien, falls sich dort jemand zum Hegemon aufzuschwingen wagt. Als historische Beispiele für letzteres werden die beiden Weltkriege und die Kriege in Korea und Vietnam genannt, sowie als wichtigstes Instrument die NATO.

Der hehre Anspruch der US-Außenpolitik gründet sich auf eine angebliche Sonderstellung in der Welt. Stellvertretend für zahllose andere Politiker sei Obama zitiert: „*Ich glaube mit jeder Faser meines Wesens an die amerikanische Son-*

---

<sup>1</sup> Congressional Research Service. U.S. Role in the World: Background and Issues for Congress. Updated January 19, 2021. Das Papier ist ein regelrechter Crashkurs in Sachen US-Außenpolitik. <https://crsreports.congress.gov/product/pdf/R/R44891>.

derstellung [exceptionalism]“.<sup>2</sup> In der Amerikanistik ist es daher Konsens, dass „die Vorstellung, dass Amerikaner für eine globale Mission ausersehen seien, ... sich durch die Jahrhunderte bis in die Gegenwart als feststehende Formel politischer Rhetorik verfolgen“ lässt.<sup>3</sup>

## Neue Konjunktur für Freedom and Democracy

Nachdem das Freiheitsnarrativ nach dem Sieg des Westens im Kalten Krieg etwas in den Hintergrund getreten war, weil viele an das *Ende der Geschichte* glaubten, hat seine Bedeutung in den letzten Jahren wieder zugenommen, und gegenwärtig erlebt die Kopplung von Demokratie mit Geopolitik eine geradezu inflationäre Verwendung.

Grund dafür ist die Transformation des Systems unipolarer Dominanz der USA zu einem komplexen, polyzentrischen System. Die Epoche der 500-jährigen Vorherrschaft Europas und seines amerikanischen Ablegers geht zu Ende. Diese Entwestlichung der Welt ist die eigentliche Zeitenwende. Der Umbruch findet statt unter Bedingungen einer engen transnationalen Vernetzung von Ökonomie und Kommunikation, der digitalen Revolution, dem Umbau der Energiebasis, sowie Klimaerwärmung, globale Pandemien u. ä. Resultat ist eine enorme Instabilität mit internationalen Krisen, Konflikten und Krieg und dem Risiko dramatischer Kontrollverluste, bis hin zum Atomkrieg. Also eine ungemein komplexe Gemenge- und Bedrohungslage.

In Washington hat man die Dramatik durchaus erkannt. So schreibt Präsident Biden im Vorwort der jüngsten Version der Nationalen Sicherheitsstrategie: „Unsere Welt ist an einem Wendepunkt. Wie wir auf die gewaltigen Herausforderungen und die beispiellosen Chancen reagieren, die vor uns liegen, wird sich auf die Entwicklungsrichtung unserer Welt und die Sicherheit und den Wohlstand des amerikanischen Volkes auf Generationen hin auswirken“.<sup>4</sup> Um die Herausforderungen zu meistern ist es notwendig, „unsere geopolitischen Rivalen auszumanövrieren“. Gemeint sind China und Russland. Als Kern der Rivalität wird ein „Wettstreit zwischen Demokratien und Autokratien“ behauptet. Und damit die Richtigen siegen braucht es die richtige Leadership, denn „es gibt kein Land das besser geeignet wäre mit Stärke und Entschiedenheit zu führen als die Vereinigten Staaten von Amerika“.

Die USA stemmen sich also vehement gegen die tektonische Verschiebung der Weltordnung, obwohl diese immerhin ein Schritt in Richtung Demokratisierung des internationalen Systems bedeutet. Um ihr undemokratisches Monopol auf globale Hegemonie zu erhalten, sollen alle wichtigen Machtressourcen – Mili-

---

<sup>2</sup> Rede Obamas an der Militärakademie Westpoint, 28.5.2014. <http://www.whitehouse.gov/the-press-office/2014/05/28/remarks-president-west-point-academy-commencement-ceremony>.

<sup>3</sup> Bernd Stöver, United States of America. Geschichte und Kultur. Von der ersten Kolonie bis zur Gegenwart.“ München 2013, S. 51.

<sup>4</sup> The White House. National Security Strategy. October 2022. <https://www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2022/10/Biden-Harris-Administrations-National-Security-Strategy-10.2022.pdf>.

tär, ökonomisches Potential, Technologie, politischer Einfluss, Soft Power – mobilisiert werden. Auf all diesen Gebieten sind die USA noch immer die globale Number One und verfügen daher über eine Bandbreite an Handlungsoptionen wie kein anderes Land – *full range dominance*, wie es im Jargon heißt.

Geteilt wird diese Strategie – mit neo-gaullistischen Ausnahmen – von den Juniorpartnern. So kündigte z.B. die Ampelkoalition schon 2021 im „Systemwettbewerb mit autoritär regierten Staaten eine strategische Solidarität mit unseren demokratischen Partnern“ an.<sup>5</sup> Auch die EU-Kommission liegt auf Kurs: „Werden es Autokraten sein, die uns ihre Weltsicht aufzwingen? Oder gelingt es uns Demokraten, unsere Werte zu verteidigen?“ fragt sich sorgenvoll Frau von der Leyen.<sup>6</sup>

Nach einem uralten Muster, werden ein *Wir* und die *Anderen*, die *Guten* und die *Bösen*, *Freund* und *Feind* konstruiert. So primitiv das klingt, hochrangige Politiker scheuen sich nicht, so zu reden, etwa wenn ein britischer Außenminister ankündigt, „dass das *Vereinigte Königreich eine noch stärkere Kraft für das Gute in der Welt wird*.“<sup>7</sup> In einem Vortrag des polnischen Regierungschefs hieß es jüngst: „*Europa muss eine Kathedrale des Guten und eine Universität der Wahrheit sein*“,<sup>8</sup> und die FAZ druckt kommentarlos einen Artikel aus einer lettischen Tageszeitung ab, in dem es heißt, „*es ist der Moment der Wahrheit gekommen, in dem Europa die Überlegenheit seiner Zivilisation über die primitive Ordnung des Dschungels beweisen muss*“ (FAZ 2.6.2022, S. 2).

Damit knüpft die Werteerzählung nahtlos an Vorgänger in der europäischen Geschichte an, die die Unterwerfung und Ausplünderung Afrikas, Asiens und Lateinamerikas damit rechtfertigten, *heidnischen Wilden* mit Feuer und Schwert das Christentum beizubringen. Und der Imperialismus des 19./20. Jahrhunderts zog seine Legitimation aus der „*Bürde des weißen Manns*“,<sup>9</sup> dessen Mission es sei, die nicht-europäische Welt zu zivilisieren. Im Globalen Süden sind die Superioritätsideologien nicht in Vergessenheit geraten. Kein Wunder, dass ein neuer Kalter Krieg dort weitgehend auf Ablehnung stößt.<sup>10</sup>

In einer subtileren Variante tritt die Superioritätsideologie als „wertebasierte Außenpolitik“ und „regelbasierte Weltordnung“ auf. So sehen sich die G7 „im unablässigen Einsatz für unsere gemeinsamen Werte, die regelbasierte multilaterale Ordnung und die internationale Zusammenarbeit“. <sup>11</sup> Die Definitionshoheit

<sup>5</sup> Koalitionsvertrag zwischen SPD, Grünen und FDP, S. 143.

<sup>6</sup> FAZ Online, 6.5.2022.

<sup>7</sup> Statement im Unterhaus, 6.7.2020.

<sup>8</sup> Rede Morawieckis an der Universität Heidelberg, 20.3.2023.

<sup>9</sup> So der Titel eines berühmt-berüchtigten Gedichts des englischen Schriftstellers Rudyard Kipling, Autor u.a. von „Das Dschungelbuch“.

<sup>10</sup> Zur Position des Globalen Südens in der Debatte um die Weltordnung s.: Anuradha Chenoy, Der neue kalte Krieg und der globale Süden. In: Das Argument Nr. 340, April 2023, S. 36 ff.

<sup>11</sup> Erklärung der Staats- und Regierungschefs der G7. 12. Dezember 2022. <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975228/2153264/cca5cd852bad2cecfb9207bf34b>

über die Werte liegt ebenfalls beim Westen. Damit wird zugleich versucht, eine Konkurrenz zur UN-Charta und zum Völkerrecht, die es als Regelsystem ja längst gibt, zu etablieren.<sup>12</sup>

Allerdings gibt es in der o.a. Nationalen US-Sicherheitsstrategie eine pikante Abweichung von der reinen Lehre. Unter dem Titel *Die Natur des Wettbewerbs zwischen Demokratien und Autokratien* erklärt man uns: „Die dringendste strategische Herausforderung für unsere Vision geht von Mächten aus, die autoritäres Regieren mit einer revisionistischen Außenpolitik verbinden.“ Es geht also nicht um Autokratie schlechthin, sondern um die Kombination von Autokratie mit dem, was Washington als Revisionismus etikettiert, nämlich das Eintreten für eine multipolare Weltordnung. Daneben gibt es eine andere Kategorie von Autokratien: „Viele Nicht-Demokratien schließen sich den Demokratien der Welt an, um diesen [revisionistischen] Verhaltensweisen abzuschwören“ (S. 8). Man kriert also einfach zwei Sorten von Autokratie: die bösen in Peking und Moskau, und die nicht-revisionistischen, die nicht gegen die US-Hegemonie aufmucken. Sie sind im Lager des Wertewestens willkommen. Neu ist das nicht. Schon immer gab es skrupellose Doppelmoral in Sachen Demokratie und Menschenrechte. Jetzt findet das aber auch offiziell Eingang in die außenpolitische Doktrin.

Der Grund ist klar, es wird Verstärkung gebraucht, denn mit seinem Anteil von gerade noch 12 Prozent an der Weltbevölkerung ist der Westen heute eine deutliche Minderheit. Auch das ist ein selten beachteter Aspekt von Demokratie.

## Die Attraktivität der Freiheitsnarrativs

Dennoch ist die Attraktivität des Freiheitsnarrativs nicht zu unterschätzen, wenn es darum geht, Massenloyalität für die neue Konfrontationspolitik zu erzeugen. Als Ideal für die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse ist es ja in der Tat auch Motor für Emanzipation. Es findet sich in Mythen, Religionen und Kodizes in vielen Kulturen, und hat – zurecht – den Status ethischer Hochwertigkeit. Durch die *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte* von 1948 und den nachfolgenden wird es zur universellen Norm erhoben, an der alle UN-Mitgliedsstaaten ihre gesellschaftliche Entwicklung orientieren sollen.

Universalität der Menschenrechte heißt, dass jeder Mitgliedsstaat sie auf seinem eigenen Territorium verwirklichen soll. Allerdings:

- ist das rechtlich nicht einklagbar, u.a. weil die Verwirklichung eines Teils der Menschenrechte an materielle Voraussetzung gebunden ist. Das gilt – nicht nur aber auch - für die Artikel 23 bis 29, in denen es um das Recht auf Arbeit, gleichen Lohn, Koalitionsfreiheit, Bildung, Gesundheit, bezahlten Urlaub, soziale Sicherheit, kulturelle Teilhabe u.ä. geht. Zum einen haben Entwicklungsländer hier Probleme, zum anderen blockieren Kapital- u.a.

---

c9dbd/2022-12-12-g7leadersstatement-deu-data.pdf?download=1

<sup>12</sup> Eine ausführliche Kritik des Konzepts der regelbasierten Ordnung in: WeltTrends, Institut für Internationale Politik, Regelbasierte internationale Ordnung versus post-koloniale Emanzipation - Grenzen und Sackgassen eines globalen Hegemonieprojekts. IIP Papiere, 32/2022. Potsdam, 2022.

Herrschaftsinteressen auch in den Industrieländern die Verwirklichung vieler Rechte;

- ist es keinesfalls eine Ermächtigung für einen Staat oder eine Staatengruppe, Menschenrechte in anderen Ländern militärisch oder nicht-militärisch durchzusetzen.<sup>13</sup>

Denn Demokratie und Menschenrechte bekommen eine völlig andere Qualität, wenn sie an Außenpolitik gekoppelt und zwecks Einmischung in die inneren Verhältnisse eines anderen Landes, für Druckausübung, Regimechange oder gar militärische Gewaltanwendung instrumentalisiert werden. Das steht in klarem Widerspruch zum Prinzip der *souveränen Gleichheit*, des *Rechts auf Selbstbestimmung*, sowie dem Verbot der *Nichteinmischung in die inneren Verhältnisse*, die seit dem Westfälischen Frieden das Fundament des Völkerrechts sind.<sup>14</sup> Heute sind sie zentraler Bestandteil der UN-Charta.

Dahinter stehen zwei grundlegende Einsichten:

- die Diversität, Heterogenität und historische ungleiche Entwicklung in der Welt würden zu Mord und Totschlag in Permanenz führen, wenn jedes Land sich anmaßen würde, seine eigenen Wertvorstellungen anderen aufzudrängen, oder gar gewaltsam durchsetzen zu wollen;
- es gibt keinen Weltstaat. Das unterscheidet das internationale System kategorial von staatlichen Binnenverhältnissen, die durch Verfassungen, Rechtssystem und entsprechende Institutionen Konflikte in geordneten Bahnen halten. Dagegen gilt für das internationale System, was die politische Theorie als „*gesellschaftlichen Naturzustand*“ (Thomas Hobbes) beschreibt, also weitaus weniger geordnet und tendenziell anarchisch, wo das Recht des Stärkeren primäres Regulierungsprinzip ist. Vor allem existiert keine legitime oberste Instanz.

Die UNO und hier vor allem der Sicherheitsrat sollten ursprünglich diese Rolle spielen, sind aber immer wieder durch das Veto-System blockiert. Das war schon so im Kalten Krieg, setzt sich aber seither fort. Vor allem die völkerrechtswidrigen Kriege des Westens in Jugoslawien, im Irak, in Afghanistan, Libyen und Syrien haben zu einer Erosion des Völkerrechts und einer Marginalisierung der UNO geführt, sodass sich auch zunehmend andere herausnehmen, das Verbot des Angriffskriegs zu brechen, darunter die Türkei, Saudi-Arabien, Armenien, Aserbeidschan und Russland.

Eine theoretische Rechtfertigung für selbstmandatierte Einmischung in die Innenpolitik anderer Länder im Namen von Freiheit liefert die *Idealistische, Liberale*

---

<sup>13</sup> Auch für extreme und massenhafte Verletzungen von Völkerrecht und Menschenrechten hat allein der UN-Sicherheitsrat das Mandat, auch militärisch einzugreifen. Das betrifft auch das sog. R2P-Prinzip, d.h. die „Verantwortung, Bevölkerungen vor Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnischer Säuberung und Verbrechen gegen die Menschheit zu schützen“ (Resolution 60/1. der UN-Vollversammlung vom 24.10.2005).

<sup>14</sup> Demnach konnte jeder Staat selbst darüber entscheiden, ob er dem Katholizismus oder einer der protestantischen Strömungen anhängen möchte, d.h. der exklusive Wahrheitsanspruch der Religionen wurde aufgegeben und so der Dreißigjährige Krieg beendet.

*Theorie der Internationalen Beziehungen.*<sup>15</sup> Unter Bezugnahme auf Kants Schrift *Vom Ewigen Frieden* lautet das Kernargument, dass Demokratien untereinander keinen Krieg führen und auch darüber hinaus friedfertiger als andere seien. Deshalb erfordere der Weltfrieden, dass mindestens alle großen Staaten Demokratien sind.

Empirisch ist die Theorie unzutreffend. Das gilt schon für die Behauptung, Demokratien würden nicht gegeneinander Krieg führen. So war z.B. das Wilhelminische Deutschland als konstitutionelle Monarchie nach damaligen Standards England gegenüber durchaus vergleichbar. Während das englische Unterhaus immer noch nach dem Zensuswahlrecht gewählt wurde, galt bei Reichstagswahlen sogar schon das Prinzip *Ein Mann eine Stimme*. Dennoch löste Deutschland mit den Stimmen der ihrerseits demokratischen SPD am 1. August 2014 den Ersten Weltkrieg aus. Erst recht ist die intrinsische Friedfertigkeit von Demokratien eine Schimäre, wenn man sich die US-Kriege nach 1945<sup>16</sup> und anderer NATO-Staaten ansieht. Im Gegensatz zu seinem Anspruch Frieden zu schaffen, verleitet der idealistische Liberalismus dazu, Außenpolitik zum permanenten „Kreuzzug für Demokratie“<sup>17</sup> zu machen. Eine solche Außenpolitik macht Spannungen, Konflikt und Instabilität zum Dauerzustand und blockiert die Lösung vieler grenzüberschreitender Probleme.

Allerdings werden Souveränität und Nichteinmischung im Westen sofort zum heiligen Gral erklärt, wenn es um das eigene Land geht. Ein spektakuläres Beispiel ist der Hype um die – scheinbare oder tatsächliche – Einmischung des Kremls in den Wahlkampf zwischen Trump und Hillary Clinton.

## Die Linke zwischen Internationalismus und Völkerrecht

Allerdings ist Einmischung in die inneren Verhältnisse anderer Länder auch der Linken nicht fremd, so z.B. im Konzept vom *Export der Revolution*. Nachdem die Französische Revolution sich militärisch erfolgreich gegen die konterrevolutionäre Allianz aus Österreich, Preußen und Russland durchgesetzt hatte, ging sie 1792 in die Offensive und etablierte im Ausland „Schwesterrepubliken“ (*républiques sœurs*), z.B. die *Mainzer Republik*. Napoleon legitimierte viele seiner Feldzüge damit, die Errungenschaften der Revolution zu verbreiten – was insofern partiell zutraf, als die Einführung des republikanischen Rechtssystems des *Code Napoléon* tatsächlich emanzipatorische Effekte hatte. Allerdings war das auch schon damals umstritten. So ist z.B. Robespierre der Auffassung: „*Die wunderbarste Idee, die im Kopf eines Politikers entstehen kann, ist diejenige, zu glauben, dass es für ein Volk genüge, mit bewaffneter Hand ins Territorium eines fremden Volkes einzudringen, um dieses dazu zu bringen, seine Gesetze und*

<sup>15</sup> Siegfried Schieder, *Neuer Liberalismus*. In Schieder/Spindler (Hrsg.), *Theorien der Internationalen Beziehungen*, Opladen & Farming Hills 2010, S. 188 ff.

<sup>16</sup> Detailliert dazu: Bernd Greiner, *Made in Washington*. Was die USA seit 1945 in der Welt angeht haben, München 2021.

<sup>17</sup> Kees van der Pijl, *The Discipline of Western Supremacy*. *Modes of Foreign Relations and Political economy*, Volume III, London 2014. S. 47 ff.

*seine Verfassung zu übernehmen. Niemand liebt die bewaffneten Missionare.*<sup>18</sup>  
Der weitere Gang der Geschichte bis Waterloo bestätigte Robespierre.

Auch nach der Oktoberrevolution gab es eine Phase, in der prominente Sowjetpolitiker auf Export der Revolution orientierten. Einige Aktivitäten der *Kommunistischen Internationale* und ihrer Nachfolgeeinrichtungen fallen ebenfalls unter die Kategorie *Regime-Change*. Das gilt auch für Che Guevaras Interpretation von Internationalismus, der per Guerillakrieg eine Revolution herbeiführen sollte.

Ein ferner Nachhall davon findet sich in Äußerungen wie die der ehemaligen Co-Vorsitzenden der Linkspartei, Henning-Wellso, als sie meinte, ihre Organisation sei *„eine internationalistische Partei, die Menschenrechte auf der ganzen Welt durchsetzen will.“* (DIE WELT, 23.10.2020; S. 5) Revolution und Sozialismus spielen hier keine Rolle mehr, aber der messianische Impuls, vermischt mit einem ordentlichen Schuss Größenwahn, ist der gleiche.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Es geht hier nicht darum, den linken Internationalismus, der in seiner authentischen Form die Solidarität der Unteren verschiedener Länder bedeutet, mit der Machtpolitik von Staaten gleichzusetzen. Wenn nichtstaatliche Akteure der Linken grenzüberschreitend handeln, dann ist das etwas anderes als subversive Aktivitäten von Geheimdiensten, dubiosen Recherchenetzwerken, oder Militärinterventionen. Aber in dem Maße, wie Komplexität und Konfliktivität im internationalen System zunehmen, werden auch die Herausforderungen an ein zeitgemäßes, außenpolitisches Konzept der Linken größer. Die Spaltung der Linken angesichts des Ukrainekrieges ist nur die Spitze des Eisbergs. Schon lange vor dem Krieg war deutlich, dass *„linke Außenpolitik mit einer Fülle von offenen Fragen konfrontiert“* ist.<sup>19</sup>

## **Innere und äußere Determinanten außenpolitischen Verhaltens**

Eine besonders wichtige Frage ist dabei ein methodisches Grundproblem aller Theorien Internationaler Beziehungen, das auch beim Thema *Demokratie und Autokratie* eine Rolle spielt: das Verhältnis innerer Determinanten außenpolitischen Verhaltens von Staaten und der äußeren Faktoren, die aus dem internationalen Raum einwirken. *„Keine antikapitalistische Innenpolitik ohne zu ihr passende, sie ermöglichende Außen- und Weltpolitik, ohne ein ihr günstiges Staatensystem; kein Verständnis der Innenpolitik eines Staates ohne Berücksichtigung seiner Einbettung in ein internationales Staatensystem.“*<sup>20</sup>

Das betrifft auch die Imperialismustheorien linker Tradition, deren Kerngedanke darin besteht, dass die Dynamik der kapitalistischen Entwicklung im Inneren eine expansionistische Außenpolitik erzeugt – eine klassisch strukturalistische Erklärung.

<sup>18</sup> Œuvres de Maximilien Robespierre, t. VIII, Phénix Editions, Ivry 2000, S. 81. Zitiert nach: Luciano Canfora, Die Freiheit exportieren. Vom Bankrott einer Ideologie, Köln 2008, S. 23.

<sup>19</sup> Frank, Deppe, Imperialer Realismus? Deutsche Außenpolitik: „Führungsmacht in neuer Verantwortung“, Hamburg 2014, S. 136.

<sup>20</sup> Wolfgang Streeck, Zwischen Globalismus und Demokratie. Politische Ökonomie im ausgehenden Neoliberalismus, Berlin 2021, S. 10.

Beispiel für aktuelle Anwendung ist die Erklärung des Ukrainekriegs aus den Interessen der mit den Oligarchen verbundenen „politischen Kapitalisten, die an einer Expansion interessiert sind, um die Raten ihrer Insiderrenten aufrechtzuerhalten, und dem transnationalen Kapital, das mit den oberen Mittelschichten verbündet ist“.<sup>21</sup> Allerdings wird das nur behauptet und nicht – was notwendig wäre – empirisch unterlegt durch eine Analyse der oligarchischen Profitraten. Abgesehen davon, dass diese Erklärung unidirektional nur interne Determinanten im Blick hat und die geopolitische Konstellation ausblendet, scheint zudem die Dynamik des russischen Kapitalismus generell viel zu lahm zu sein, als dass sich daraus ein Motiv für Eroberungskriege ergeben würde. Auch die vielzitierte Abhängigkeit Russlands von seinen Öl- und Gasexporten hat als Kehrseite, dass imperialistische Expansion zwecks Rohstoffsicherung – ein wichtiger Faktor linker Imperialismusanalysen – als Erklärung ausfällt. Denn das Land verfügt in Hülle und Fülle über alle strategischen Rohstoffe – inklusive jener, die für die Energiewende in den kommenden Jahrzehnten dringend gebraucht werden.

Ohnehin ist derzeit ein anderer Imperialismusbegriff im Schwange, in dem kein Zusammenhang mit dem Kapitalismus existiert. So z.B. wenn Olaf Scholz der UN-Vollversammlung Russland erklärt: „*Das ist blanker Imperialismus! Die Rückkehr des Imperialismus ist nicht nur ein Desaster für Europa. Darin liegt ein Desaster auch für unsere globale Friedensordnung, die die Antithese ist zu Imperialismus und Neo-Kolonialismus.*“<sup>22</sup> Nach diesem Verständnis gelten ideologische und psychologische Phänomene als Erklärung, wie intrinsische Machtgier oder Börsartigkeit, Ablenkung von inneren Problemen, die Sehnsucht nach Wiederherstellung vergangener Größe oder einfach nur ein durchgeknallter Machthaber.

Nun kann es so etwas ja durchaus geben. Aber auch in diesem Fall sind empirische Belege und saubere Kausalzusammenhänge dünn oder in vielen Fällen einfach nur Propagandaklischees. Und auch hier wird von vorneherein so getan, als ob ein Land, zumal eine Nuklearmacht, nicht in ein geopolitisches Umfeld eingebunden wäre, das ihr Verhalten zumindest mitbeeinflusst. Entsprechende Erklärungen wie z.B., dass es sich in der Ukraine um einen russischen Präventivkrieg – der genauso völkerrechtswidrig ist – aus einer strategischen Defensive heraus handeln könnte, werden systematisch ausgeblendet. Oder dass NATO-Osterweiterung und die Destabilisierung des nuklearen Gleichgewichts mit der Möglichkeit eines Enthauptungsschlags u.ä. eine Rolle spielen könnten.

An den Beispielen dürfte deutlich geworden sein, dass die Erklärungskraft sowohl traditioneller Theorien aber auch oberflächlicher Zuschreibungen begrenzt ist. Für eine linke Außenpolitik auf der Höhe der Zeit führt deshalb kein Weg an der konkreten Analyse der konkreten Situation vorbei – seriös, unparteiisch, mit Sachkenntnis und der dialektischen Komplexität der Problemlagen angemessen.

---

<sup>21</sup> Volodymyr Ischtschenko, Wer kann diesen Krieg wollen? Um Russlands Invasion der Ukraine zu verstehen, muss man die post-sowjetischen Kapitalisten kennen, in: Jacobin Nr. 10/2022, S. 42.

<sup>22</sup> Rede bei der 77. Generalversammlung der UNO, 20.9.2022.

## Linke Außenpolitik auf der Höhe der Zeit

Zu weiteren Baustellen linker Außenpolitik im Folgenden einige Stichpunkte - skizzenhaft und ohne Anspruch auf Vollständigkeit:

*Moral und Doppelmoral:* Man kann die Probleme im Internationalen System nicht auf Moral reduzieren. Das heißt nicht, Moral grundsätzlich in Frage zu stellen. Als normativer Kompass ist sie unverzichtbar. In unserem Kontext die Leitbilder Frieden, Antimilitarismus, Abrüstung, friedliche Koexistenz und Kooperation. Aber man darf sich von dem moralischen Anspruch der Parole *Demokratie versus Autokratie* nicht überwältigen lassen. Denn Moral analysiert nicht, sondern urteilt und verurteilt. Da kann zwar jeder gleich mitreden, verzwickte Probleme, deren Verständnis nicht in ein Schwarz-Weiß-Schema passen, lassen sich aber damit nicht lösen. Durch den ihr immanenten Absolutheitsanspruch versagt sie, wenn es um Kompromisse und den Ausgleich heterogener oder gar antagonistischer Interessen geht, von denen es im internationalen System nur so wimmelt. Max Weber kam daher bekanntlich auf die Idee, Gesinnungs- und Verantwortungsethik zu unterscheiden. Freilich ist seine Verantwortungsethik nichts anderes als die Umschreibung von Realismus und Pragmatismus, die in der Außenpolitik allerdings besonders notwendig sind.

Zudem ist ein Merkmal von Moral, dass sie unteilbar ist. Wer Feudalregime wie Saudi-Arabien zu seinen Partnern zählt, mit Flüssiggas von Scheichtümern am Golf russisches Gas substituiert, und immer mal wieder in andere Länder einmarschiert, macht sich der Doppelmoral schuldig und die wertebasierte Außenpolitik unglaubwürdig. Linke tun das nicht, aber sie haben die Aufgabe, die herrschende Heuchelei zu entlarven.

*Containerbegriff Autokratie:* Autokratie ist ein Containerbegriff, der sehr verschiedene Regierungssysteme in einen Topf wirft. Darunter fallen Regime mit totalitären und erbmonarchischen Zügen, wie Nordkorea oder Saudi-Arabien, Militärdiktaturen wie Thailand oder Myanmar, Einparteiensysteme mit sozialistischem Anspruch und Massenbasis wie Vietnam, Kuba und China, oder (staats)kapitalistische Länder, deren autokratische Regierungen durch Mehrheiten bei mehr oder minder sauberen Wahlen gestützt werden, wie in Russland. Dazu kommen Übergangsformen in Abstufungen, wie „illiberale Demokratie“ in Ungarn oder Polen.

*Selektives Verständnis von Menschenrechten:* Der offizielle Umgang mit dem Thema Menschenrechten im Westen ist selektiv. So wird z.B. unter den Teppich gekehrt, dass China innerhalb einer Generation 800 Millionen Menschen aus der absoluten Armut geholt hat. Und das bedeutet eben auch Zugang zu Gesundheitsversorgung, Bildung, sozialer Sicherheit, Kultur etc. entsprechend der o.a. Artikel der UN-Menschenrechtserklärung. Das beinhaltet enorme Selbstverwirklichungschancen und Emanzipation für Millionen von Individuen. Damit verschwinden die Defizite bei politischen Menschenrechten nicht, und es sollen auch nicht politische Menschenrechte gegen soziale aufgerechnet werden, denn auch hier gilt die hegelianische Weisheit: *Das Ganze ist das Wahre*. Aber die

chinesische Menschenrechtsbilanz fällt dann doch sehr viel differenzierter aus, als die Menschenrechtspropaganda des Westens glauben machen will.

*Postdemokratie*: Das staatstragende Demokratieverständnis im Westen ist von keinerlei selbstkritischen Zweifeln angekränkt. Das steht in eklatantem Kontrast zu Erscheinungen wie dem strukturellen Rassismus gegen Afro-Amerikaner u.a. Minderheiten nicht nur in der Gesellschaft, sondern auch in Teilen von Justiz und Sicherheitsorganen der USA, oder zur Folter in Guantánamo. Aber auch zur Flüchtlingspolitik der EU, oder zum Durchpeitschen einer neoliberalen Rentenreform in Frankreich unter Umgehung der Parlamentsmehrheit und gegen 70 Prozent der Bevölkerung. Ganz zu schweigen vom autoritären Neoliberalismus, der zur Erosion vieler demokratischer Einflussmöglichkeiten vor allem der unteren Klassen geführt hat, sodass bis in linksliberale Kreise hinein von *Postdemokratie* die Rede ist.<sup>23</sup> Last but not least trifft auch immer noch zu, dass solange die auf der Basis von kapitalistischem Privateigentum organisierte Wirtschaft dem Zugriff demokratischer Gestaltung weitgehend entzogen ist, Demokratie ein unvollendetes Projekt bleibt.

Dennoch sind die demokratischen Spielräume im Westen im Schnitt immer noch größer als in den am wenigsten illiberalen Autokratien, und die Geringschätzung von Demokratie und Menschenrechten wäre ein fataler Fehler. Aber wahr ist auch: Durch die Instrumentalisierung für geopolitische Machtansprüche mutiert das Freiheitsnarrativ zur Ideologie. Darauf sollte die Linke nicht hereinfliegen.

---

<sup>23</sup> Vgl. Colin Crouch, *Postdemokratie*, Frankfurt/M. 2008.